

Überleben und siegen

Tagung des »Forums von São Paulo« in Havanna zu Ende gegangen. Solidarität mit Nicaragua, Venezuela und Lula da Silva. **Von Volker Hermsdorf**

Mit der Verabschiedung einer »Deklaration von Havanna« und eines Aktionsplans ist am Dienstagabend (Ortszeit) in der kubanischen Hauptstadt das 24. Treffen des »Forums von São Paulo« zu Ende gegangen. Mehr als 600 Vertreter progressiver Parteien und Organisationen der Region sowie befreundeter Länder wie China, Vietnam, Laos und Syrien waren zum Abschlussplenum in die kubanische Hauptstadt gereist, bei der mehrere Staats- und Regierungschefs über die Lage in ihren Ländern berichteten.

Venezuelas Präsident Nicolás Maduro beschuldigte die USA, Aggressionen gegen sein Land zu schüren. Die Pläne Washingtons schlossen auch eine militärische Intervention ein, warnte er. »Krieg ist immer ein gutes Geschäft für die Kapitalisten, doch den Preis dafür zahlen nicht die Länder, die ihn anzetteln, sondern die ausgebeuteten Völker«, pflichtete Amtskollege Evo Morales aus Bolivien bei. Donald Trump sei »ein Feind des Planeten Erde und der menschlichen Spezies«. Morales warnte: »Wo die Oligarchie wieder an die Macht gelangt, verschlechtert sich die ökonomische und soziale Lage der Bevölkerung.« »Die Linke ist und bleibt die einzige Hoffnung unserer Völker«, erklärte auch El Salvadors Präsident Salvador Sánchez Cerén. Deshalb werde versucht, ihre Vertreter, wie Brasiliens Expräsidenten Luiz Inácio Lula da Silva oder Ecuadors ehemaligen Staatschef Rafael Correa, kaltzustellen. Letzterer kritisierte in einer Grußbotschaft aus Brüssel die Politik seines Nachfolgers Lenín Moreno, zu dessen Wahl er selbst aufgerufen hatte. »Ich habe den Irrtum begangen, einem Wolf im Schafspelz zu vertrauen, und weiß heute nicht, wie ich mich dafür vor meinem Volk und der Linken Lateinamerikas rechtfertigen kann.«

Als Vertreter des Gastgeberlandes versicherte Kubas Präsident Miguel Díaz-Canel, dass sich die progressiven Kräfte des Kontinents und der Welt auf

sein Land verlassen können. »In Kuba gibt es keine kapitalistische Wende«, sagte er. Havanna werde keinerlei Zugeständnisse machen und stets seine antiimperialistische und internationalistische Pflicht erfüllen. Wie das gesamte Plenum verurteilte Díaz-Canel »die Aktionen der international organisierten Rechten zur Destabilisierung der gewählten Regierung Nicaraguas«. Sánchez Cerén warnte davor, dass die »großen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritte für die Bevölkerung« gefährdet würden, wenn der Versuch des gewaltsamen Umsturzes gelänge. Nicolás Maduro bekräftigte die uneingeschränkte Solidarität seines Landes »mit dem von der großen Mehrheit des Volkes gewählten Präsidenten Daniel Ortega«. Die Situation in Nicaragua und Venezuela beunruhige auch progressive Kräfte in anderen Teilen der

Welt, erklärte der Direktor der vietnamesischen Nachrichtenagentur VNA, Nguyen Duc Loi. Als Vertreter seines Landes versicherte er Maduro und Ortega die Unterstützung Vietnams.

Auch das als »Deklaration von Havanna« verabschiedete Schlussdokument bekräftigt diese Position. Die These vom Ende der progressiven Entwicklung in Lateinamerika müsse ebenso zurückgewiesen werden, wie die vom »Ende der Geschichte« nach dem Untergang der Sowjetunion und der sozialistischen Länder Osteuropas, heißt es in dem Papier. Erhoben wird die Forderung nach der Beseitigung der 77 in der Region bestehenden US-Militärbasen sowie die Rückgabe des vom US-Militär besetzten Gebietes in der Bucht von Guantánamo an Kuba. Das Forum verlangte zudem die bedingungslose Aufhebung der US-Blockade

gegen Kuba, unterstützte die Forderung der karibischen Inselstaaten nach Wiedergutmachung für die durch die Sklaverei verursachten ökonomischen Schäden und wies die Verfolgung lateinamerikanischer Einwanderer durch die Regierung Donald Trumps zurück. Ein Motto Fidel Castros wurde zum Fazit des Treffens: »Es geht nicht darum zu überleben, sondern zu siegen.«

Der beschlossene Aktionsplan sieht unter anderem eine internationale Kampagne zur Freilassung Lulas vor. Im September soll zudem weltweit gegen die zunehmende politische Verfolgung von linken Politikern und Anführern in der Region mobilisiert werden. Die Teilnehmer einigten sich auch darauf, ein Netzwerk von politischen Bildungseinrichtungen zu installieren und den Informationsaustausch unter den Mitgliedsparteien zu beleben.



Kubas Parteichef Raúl Castro, Präsident Miguel Díaz-Canel, Venezuelas Staatschef Nicolás Maduro und Boliviens Präsident Evo Morales beim Abschlussplenum in Havanna

Xi auf Tournee durch Afrika

Chinas Präsident nutzt Weg zum BRICS-Gipfel in Johannesburg, um Handelsbeziehungen auszubauen

Chinas Präsident Xi Jinping will mit einer Reise durch mehrere Staaten Afrikas die Wirtschaftsverbindungen zwischen der Volksrepublik und dem Kontinent verstärken. Höhepunkt der Tournee wird dann in der kommenden Woche das Gipfeltreffen der BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika in Johannesburg sein.

Zunächst besucht Xi am heutigen Donnerstag jedoch Abu Dhabi, die Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate. Es ist der erste Besuch eines chinesischen Präsidenten seit zwei Jahrzehnten. Bei dem mit den USA verbündeten Golfstaat will Xi um Unterstützung für die Initiative zu einer »neuen Seidenstraße« werben, die das Reich der Mitte mit dem Westen verbinden soll. Beijing hat in diesem Zusammenhang bereits Kredite im Umfang von 23 Milliarden US-Dollar für Projekte in arabischen Staaten freigegeben.

Auch Senegal, wo Xi am Freitag erwartet wird, ist vor neun Jahren zum letzten Mal von einem chinesischen Staatschef besucht worden. Der Präsident des westafrikanischen Landes, Macky Sall, will mit dem Gast nicht nur das »Museum der schwarzen Zivilisationen«, ein Geschenk der Volksrepublik, einweihen, sondern auch verschiedene Wirtschaftsabkommen vereinbaren. Die Ökonomie des Senegal wird nach einer Prognose der Weltbank 2018 um sieben Prozent wachsen und damit eine ähnliche Steigerungsrate wie im Vorjahr verzeichnen. Die neue staatliche Fluggesellschaft Air Sénégal hat dieses Jahr ihren Betrieb aufgenommen, nachdem Ende 2017 der internationale Flughafen »Blaise Diagne« in Dakar eingeweiht worden war. Der Binnennachfrage kommt die Erhöhung des Mindestlohns ab Juni um fast die Hälfte zugute, nachdem er seit 1996 bei umgerechnet 0,32 Euro pro Stunde eingefroren war.

Ruanda kann am 23. Juli zum ersten Mal überhaupt einen Präsidenten

aus der Volksrepublik begrüßen. Auch dort liegen mehrere Abkommen unterschrieben vor. Der ruandische Präsident Paul Kagame nimmt sogar in Kauf, in den Handelskrieg mit den USA hineingezogen zu werden. Um die einheimische Textilindustrie zu stärken, hatte er sich geweigert, gebrauchte Kleidung aus den Vereinigten Staaten abzunehmen. Als Reaktion darauf könnte Ruanda die Privilegien verlieren, die ein im Jahr 2000 vom US-Kongress verabschiedetes »Gesetz zur Förderung des Wachstums und der Chancen für Afrika« (englische Abkürzung AGOA) afrikanischen Staaten einräumt.

Kagame ist auch amtierender Präsident der Afrikanischen Union (AU). Deshalb steht bei Xis Visite in Kigali auch die Vorbereitung des im September in Beijing stattfindenden China-Afrika-Gipfels FOCAC auf der Tagesordnung.

Station machen will Xi Jinping am 26. Juli auch in Mauritius. Über den

Inselstaat wird ein Großteil der Finanztransaktionen zwischen Afrika und China abgewickelt. So investierten afrikanische Unternehmen nach Angaben der chinesischen Regierung 2012 14,2 Milliarden US-Dollar in der Volksrepublik, was einem Anteil von 5,8 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen in China entsprach.

In Johannesburg will sich Xi dann gemeinsam mit dem südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa für eine Festigung der BRICS einsetzen, »um den USA die Stirn zu bieten«, wie das von Réunion aus betriebene *Chine Magazine* am 13. Juli schrieb. Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika bestreiten zusammen rund 34 Prozent des Welthandels und erwirtschaften etwa 31 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts. Anfang Juni hatten die BRICS-Staaten bereits den »Protektionismus« Washingtons verurteilt, der »das globale Wachstum untergräbt«.

Georges Hallermayer

Vorwürfe gegen libysche Miliz

Tripolis. Spanische Seenotretter haben vor der libyschen Küste eine tote Frau und ein totes Kleinkind in einem kaputten Schlauchboot gefunden. Eine zweite Frau wurde lebend in dem Boot entdeckt und gerettet, wie ein AFP-Fotograf am Dienstag beobachtete. Die Helfer der Organisation »Proactiva Open Arms« warfen der vom Westen als »libysche Küstenwache« bezeichneten Miliz vor, die drei Menschen zurückgelassen zu haben. Die Gruppe wies den Vorwurf zurück. (AFP/JW)

Ungarn scheidet aus UN-Vertrag aus

Budapest. Ungarn scheidet aus den Verhandlungen zu dem neuen UN-Vertrag zur weltweiten Migration aus. Das erklärte Außenminister Peter Szijjarto am Mittwoch in Budapest nach einer Regierungssitzung. Das Abkommen unterstütze laut Szijjarto die Migration und betrachte diese als Menschenrecht, was aus ungarischer Sicht inakzeptabel sei. Ungarn werde daher in der UN-Vollversammlung gegen den Migrationsvertrag stimmen. (dpa/JW)

Afghanistan: Gewalt gegen Journalisten

Kabul. In Afghanistan sind in den ersten sechs Monaten des Jahres elf Journalisten getötet worden. Es sei die bisher »blutigste Periode« in der Berichterstattung über den afghanischen Krieg gewesen, heißt es in einem am Mittwoch veröffentlichten Bericht der Kabuler Medienrechtsorganisation AJCS. Insgesamt hat der Zusammenschluss 89 Fälle von Gewalt gegen Journalisten sowie Einschüchterungsversuche registriert. (dpa/JW)

Hamas will Angriffe auf Israel unterbinden

Gaza. Die Führung der Hamas hat bei einer Beratung entschieden, die Angriffe mit Branddrachen schrittweise zu unterbinden, wie ein Mitglied der Hamas-Polizei am Mittwoch erklärte. Dazu seien eigene Kräfte im Grenzbereich positioniert worden. Medien hatten berichtet, Ägypten habe der Hamas ein Ultimatum Israels übermittelt: Sollten die Attacken nicht gestoppt werden, werde Tel Aviv neue Angriffe gegen den Küstenstreifen starten. (dpa/JW)

Kampf gegen AIDS laut UNO weniger erfolgreich

Genf. Die Vereinten Nationen sehen die Ziele beim Kampf gegen die Immunschwächekrankheit AIDS gefährdet. In 50 Ländern der Welt steige die Zahl der HIV-Neuinfektionen an, warnte der Chef von UNAIDS, Michel Sidibé, am Mittwoch. Die Erfolge bei der Senkung der Neuinfektionsrate von Kindern seien nicht nachhaltig, so Sidibé. (dpa/JW)